

2526/J-BR/2007

Eingelangt am 21.06.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Ing. Reinhold Einwallner)

an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend

betreffend Verstärkung des Jugendschutzes im Bereich der Mobiltelefonie

Im Regierungsprogramm ist im Kapitel „Jugendpolitische Maßnahmen“ unter anderem eine Verstärkung des Jugendschutzes im Bereich der Mobiltelefonie vorgesehen.

Damit würde auch der vom Vorarlberger Landtag mit einstimmiger Entschließung vom 10. Mai 2006 vertretenen Forderung Rechnung getragen, wonach für die Kunden von Mobiltelefondienste-Anbietern eine Möglichkeit geschaffen werden soll, dem Jugendschutz zuwiderlaufende Dienste sperren zu lassen.

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend folgende

A n f r a g e :

1. In welcher Weise wird die im Regierungsprogramm verankerte Verstärkung des Jugendschutzes im Bereich der Mobiltelefonie umgesetzt werden?
2. Bis wann ist mit einer Umsetzung dieses Vorhabens zu rechnen?